Auswahl, ge-
Ausführung
her Qualität
illigen Preisen.
n Schulze,
nstraße 9. 1607

it Soda,
t mit
eifenpulver
s Bleich- und
Mittel geht allen
n Staaten patentiert
1070. [1738
den Haushaltungs-
rrn Kaufmann.

d Fricke.

ätterin
t für Waschen und
[1780*
Sieksterstraße 17.

aufshalle
5½ Meter tief, steht
fen. [1789*
ichstraße 115.

der-Geselle
t gesucht. [1788*
ich Niemeyer,
enmarschstraße 23.

Hut verloren.
hnung abzugeben
drichstr. Nr. 40.

Beim
amt Bielefeld
eingetragen
s 11. Juli 1896:
n (zusammen 33).
)): Kaufmann Emil
Wagenlackierer Johann
Druckereibesitzer Julius
r Heinrich Bentlage,
Kuhlmann, Tischler
ne, Schlosser Karl
Arbeiter Karl Taschka,
rich Sander, Arbeiter
nicht, Arbeiter Gerhard
r August Baum, Arbeiter
mann, Bäcker August
cker Otto Lücke, Schlosser
on, Schlosser Wilhelm
eiter Friedrich Rawiel,
Kramme, Schutzmann
horst.
(13): Handelsmann
öweler, Handelsmann
, Tischlermeister Eduard
ner Friedrich Günther,
Theodor Neubeck, Schuh-
elm Meyer, Sattler-
ann Steinmeyer, Schuh-
ich Siekmann, Schlosser
er, Arbeiter Heinrich
Kaufmann Paul Dede-
Franz Meyer, Klempner-
lf Starke.
esfälle (13):
ottlieb Fuhr, 65 Jahre.
raugott Eichhorn, 57 J.
rich Ottensmann, 37 J.
g Hermann Heidemann,
f Vogelsang, 8 J. Fritz
2 Mon. Alwine Hanne-
age. Gärtner Wilhelm
38 Jahre. Zuschneider
Schulz, 44 J. Arbeiter
ülenbeck, 42 J. Musik-
wig Meinardus, 68 J.
iese, 1 J. Clara Plücke-
on
ebote (8 Paare).
ugust Möller und Friede-
Schlosser Heinrich Borm-
Alwine Sieg, Tapezierer
rmann und Luise Schro-
neider Gustav Brakhage
mine Koch, Kleinhändler
hüchter und Anna Prange,
tav Szacknys und Friede-
ann, Arbeiter Heinrich
o und Sofie Peters,
ed Friedrich Ermshaus
Möller.
ießungen (4 Paare).
Hermann Fingberg und
ne Haber geb. Buschkamp,
tav Kampeter und Hanne
Dreher Karl Detering
Goller, Schmied Wilhelm
und Witwe Wilhelmine
rmann geb. Haß.

Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,80 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: Carl Hoffmann in Bielefeld.

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis 10 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" Schumann & Co., Bielefeld.

Nr. 163. Bielefeld, Mittwoch, 15. Juli 1896. 7. Jahrgang.

Steigen die Arbeitslöhne mit den Warenpreisen?

Welche Wirkung hätte der Bimetallismus auf die Klassenlage der Arbeiter? — Unbedingt eine nachteilige. Darüber war sich die sozialdemokratische Partei schon in den Anfängen der agrarischen Agitation gegen die Goldwährung klar. Die Warenpreise würden rapid in die Höhe gehen, die Arbeitslöhne dagegen würden zwar auch etwas steigen, aber keineswegs im Verhältnis zu den Warenpreisen. Das ergiebt sich schon auf dem Wege der Schlußfolgerung aus allgemeinen Voraussetzungen auf Grund bekannter Thatsachen (a priori); es wird aber überdies durch die Wirtschaftsgeschichte erfahrungsgemäß (a posteriori) vollauf bestätigt.

Hierüber enthält die neueste Broschüre unseres Genossen Schippel: „Die Währungsfrage und die Sozialdemokratie. Eine gemeinfaßliche Darstellung der währungspolitischen Zustände und Kämpfe." (Berlin, Verlag der Expedition der Buchhandlung „Vorwärts") recht interessante Ausführungen. „Der vorübergehende Nutzen für die heutige landwirtschaftliche Bevölkerung (aus der Doppelwährung), heißt es da, wäre nur zu erkaufen mit einer dauernden Herabdrückung in der Lebenshaltung der besitzlosen Lohnarbeiter. Jeder Ruf nach Preisaufblähung (Inflation) muß die Lohnarbeiterklasse zum Widerstand unter die Waffen rufen, weil der Geldlohn stets nur mühsam und stockend jeder abnormen Verteuerung des Lebensunterhaltes nachrückt, weil also für das Proletariat eine Periode des künstlichen allgemeinen Preisaufschlages in einer dauernden Verelendung enden muß."

Die preisstatistischen Belege, auf welche sich diese Behauptung stützt, wolle man in der Broschüre selbst nachlesen.

Wertvollen Stoffes liefert nun eine vor wenigen Wochen in der wissenschaftlichen Beilage zur Münchener „Allgemeinen Zeitung" erschienene Abhandlung des schwäbischen Nationalökonomen Dr. Lotz: „Beiträge zur Lehre von der Kaufkraft des Geldes". Sie behandelt das schwierige Problem, ob und wie man die Schwankungen des Geldwertes messen könne. Als neueste Veröffentlichungen über die Frage der Kaufkraft der Edelmetalle werden genannt: eine Abhandlung des Amerikaners Wesley E. Mitchel über die sogenannte „Quantitätstheorie" (wonach jede Geldvermehrung bei gleichbleibendem Warenvorrat ein allgemeines Steigen, und jede Geldverminderung ein allgemeines Sinken der Warenpreise verursachen soll), die uns hier nicht weiter interessiert. Ferner eine Arbeit des Deutschen Dr. G. Wiebe, welche statistisches Material über die Preisbewegung in den zwei Jahrhunderten nach der Entdeckung Amerikas enthält. Endlich ein Werk des Deutsch-Amerikaners J. Schoenhof, das den Zusammenhang zwischen Preisbewegung und Geldwesen vom 13. Jahrhundert bis zur Gegenwart erörtert.

Die lebhafteste Preissteigerung (auf deren Ursachen hier nicht eingegangen werden kann) vollzieht sich in den von Wiebe untersuchten deutschen Territorien im 16. Jahrhundert im Getreide, und zwar nicht gleichmäßig in Hafer und Gerste wie in Weizen und Roggen. Diese Preissteigerung hebt im Elsaß und im Münsterischen etwa um 1525 an, während in Sachsen die Getreideverteuerung schon mit Anfang des 16. Jahrhunderts beginnt. Die Roggenpreise z. B. sind gegen Ende des 16. Jahrhunderts 3½mal so hoch als im Durchschnitt 1451 bis 1500. — Durchaus nicht alle landwirtschaftlichen Produkte verteuern sich in den gedachten Zeiträumen im selben Maße wie die Brotfrucht, insbesondere weisen die Rindvieh und Fleischpreise durchgehends eine geringere Steigerung als Getreide auf. Im Gegensatz zu den landwirtschaftlichen zeigen die allerdings nicht zahlreichen gewerblichen und bergmännischen Produkte im 16. Jahrhundert eine viel geringere Preissteigerung; Papier, Leinwand, ordinäres Tuch sind sogar Ende des 16. Jahrhunderts wohlfeiler als in der zweiten Hälfte des 15. Bei weitem das Ueberraschendste ist aber die Entwicklung der Löhne. Soweit die Löhne unbeköstigter Arbeiter überhaupt gestiegen sind, war die Steigerung viel geringer als die Steigerung der Getreidepreise, überhaupt die Kosten der Hauptlebensbedürfnisse. In vielen Fällen sind sogar die Löhne während der Preisrevolution im 16. Jahrhundert überhaupt nicht erhöht, sondern herabgesetzt worden. Ein Zimmermann, der sich selbst beköstigte, empfing im Elsaß 1576—1600 an Sommerlohn 10 pCt. weniger Silber, als er im Durchschnitt 1451—1500 empfangen hatte. Der Sommerlohn, der sich selbst beköstigenden Maurer hatte während der Preisrevolution sich ebenfalls um 10 pCt. bis Ende des 16. Jahrhunderts verschlechtert, derjenige der Handlanger vollends um 15 pCt., während in der gleichen Zeit der Roggen im Elsaß 3½mal so teuer geworden war als im Durchschnitt 1451—1500.

Sein kritisches Referat über das Werk von Schoenhof schließt Dr. Lotz folgendermaßen: „Ein Ergebnis sei zum Schluß hervorgehoben, welches mir in unserer Zeit, wo man bald durch Währungsexperimente, bald durch andere Maßregeln die Getreidepreise willkürlich steigern will, das praktisch wichtigste zu sein scheint: Auch bei Schoenhof begegnen wir in der mehr als 600jährigen Geschichtsübersicht, die er giebt — gerade wie in der Statistik von Wiebe für das 16. und 17. Jahrhuudert — nirgends einem Fall, wo bisher in der Welt bei steigenden Getreidepreisen der Geldlohn der Arbeiter völlig entsprechend der Lebensverteuerung erhöht worden wäre. — Die Frage, wie wissenschaftlich die Veränderungen der Kaufkraft der Edelmetalle ganz exakt zu messen seien, bleibt allerdings auch nach der neuesten Litteratur ein strittiges Problem. Aber für die praktisch wichtige soziale Streitfrage, ob eine Erhöhung der Getreidepreise die Einkommensverteilung zu Ungunsten der Arbeiter verschlechtere, ist gelegentlich der Forschungen über die Kaufkraft des Geldes eine ernste Wahrheit von neuem klargelegt worden, so daß wir ruhig sagen können: die Mühe, welche auf diese Forschungen verwendet wurde, ist schon um dieses Ergebnisses willen nicht als umsonst aufgewendet zu betrachten, sofern es in Deutschland Staatsmänner giebt, die aus der Geschichte zu lernen bereit sind."

Und die Agrarier? Mit welchen Flausen werden sie diese geschichtlichen Ergebnisse abzuschwächen suchen? O, sie werden sich durchaus keine Unkosten machen. Seitdem sie sich überzeugt haben, daß sie unter den Arbeitern keine Fischzüge machen können, haben sie die lästige Larve der Arbeiterfreundlichkeit abgestreift und weggeworfen, wie ihr Vorstoß gegen die Bäckereiverordnung und ihre Haltung beim Bürgerlichen Gesetzbuch klar genug gezeigt hat, und sie machen kein Hehl daraus, daß ihnen das Loos der Arbeiter gänzlich schnuppe ist. Hat doch der olle ehrliche Mirbach (wie in Schippels Broschüre angeführt) schon im Februar 1895 offen erklärt: „In einem Zeitungsartikel heißt es: Alle Lebensmittel steigen infolge der Erhöhung der Silberpreise sofort im Preise, während die Arbeitslöhne nur langsam nachfolgen. Ja, meine Herren, das ist das, was wir eben anstreben." Das genügt!

Politische Uebersicht.

Bielefeld, 15. Juli.

— **Ueber eine neue Hetze Bismarcks gegen das Zentrum** sind die Organe dieser Partei in großer Aufregung. Der Exkanzler hat in seinen „Hamburger Nachrichten" sich folgendermaßen ausgesprochen:

„Die Elemente, aus denen sich das Zentrum zusammensetzt, sind, abgesehen von ihrer kirchlichen Eigenschaft, entweder konservativ, oder demokratisch, oder partikularistisch. Die Ersteren sind nicht in der Ueberzahl, und für sie ist, soweit sie monarchisch sind, der Papst doch die höhere Autorität, die beiden anderen sind überhaupt antimonarchisch und antinational, soweit das jetzige Reich mit der preußischen protestantischen Spitze in Betracht kommt. Und selbst in den breiten Schichten der katholischen Bevölkerung, denen die Zentrumswähler angehören, sind zweifellos die Leute häufig, welche Abneigung hegen, das gegenwärtige evangelische Kaisertum zu kräftigen.

„Nichts ist aber für die Abneigung des katholischen Klerikalismus, wie er im Zentrum seine Vertretung findet, gegen das jetzige nationale Deutsche Reich mit protestantischer Spitze charakteristischer, als die Haltung des Zentrums gegenüber dem Fürsten Bismarck. Wenn die Sozialdemokratie den früheren Reichskanzler bei jeder Gelegenheit mit Ausbrüchen ihres fanatischen Hasses beehrt, so kann man das begreifen. Der leidenschaftliche Ingrimm, der auch jetzt noch die sozialdemokratischen Gemüter beseelt, beweist besser als alles Andere, daß Fürst Bismarck mit seiner Bekämpfung der revolutionären Propaganda auf dem richtigen Wege war und dieser schwere Niederlagen beigebracht hat. (!!!) Anders liegt die Sache hinsichtlich der katholischen Politik, wie sie durch das Zentrum vertreten wird. Es ist Thatsache, daß der frühere Reichskanzler im sogenannten

---

Eine Bekehrung.

Roman von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

89 [Nachdruck verboten.]

Es schien ihr, als ob ihr Gatte ihr so noch mehr gehören würde. André — war es noch ein Ueberbleibsel seiner bürgerlichen Vorurteile — war auch erfreut, einen Broterwerb gefunden zu haben, der an die Kunst streifte. Er dachte bei sich, daß er eines Tages seine Arbeiten vielleicht ausstellen, daß er bekannt werden, einen Namen haben würde. Er fand die so oft vergessene Wahrheit wieder, daß der Künstler nur ein sehr vorgeschrittener Handarbeiter ist. Aber welche Beruhigung, einen Broterwerb und damit Unabhängigkeit zu besitzen! Er konnte es jetzt wagen, jeden seiner Gedanken auszusprechen und zögerte denn auch nicht, seinem künftigen Schwiegervater mitzuteilen, daß er gewillt sei, mit der Feder in der Hand in den Kampf der Meinungen einzutreten. Vater Deschamps billigte und ermunterte noch den Eifer des Neophyten.

„Willst Du," sagte er, „daß ich mit dem Direktor der „Revue Sozialiste" spreche? Er ist ein Freund von mir, der sein ganzes Herz unserer Sache widmet. Du schreibst ein paar Seiten für ihn, sie erscheinen in der nächsten Nummer des Blattes, und damit bist Du in unsere große Armee eingereiht. Abgemacht?"

André nahm an, voll Freunde, daß er seinen ersten Waffengang sozusagen unter Johannas Augen machen konnte. Voll Enthusiasmus schrieb er einen Artikel, den er zwei Tage später „noch heiß von der Schmiede" ablieferte. Es war ein Appell an die französische Jugend. Den Zögernden, die noch bei dem Eintritt in das Mannesalter unsicher im Dunkeln tappen, rief er zu: „Oeffnet Augen und Ohren! Hört ihr nicht das dumpfe Aechzen, das aus den Faubourgs der großen Städte, aus den Eingeweiden der Erde selbst hervorzudringen scheint? Seht ihr das schmachvolle Privilegium nicht, das den Reichen Macht, Bildung, alle Genüsse des Leibes und des Geistes vorbehält? Und ihr sucht ein Ziel für euer Leben? Ihr fragt euch: Was ist zu thun? . . . . . Was zu thun ist, wenn ihr die Summe aller Leiden und Ungerechtigkeiten der Welt verringern könnt? Ihr wollt glücklich sein: aber könnt ihr es, wenn ihr ein Volk von Unglücklichen um euch habt? Ihr träumt von Ruhe und Frieden: und dabei ist die soziale Frage die brennendste Tagesfrage! Es ist zu spät, um sie jetzt beiseite zu schaffen, und die Welt wird nicht eher die Ruhe kennen lernen, als an dem Tage, wo sie gelöst sein wird."

André forderte die Studenten wie die Arbeiter, die Bourgeois- wie die Bauernsöhne auf, entschlossen zum Sozialismus überzugehen. Er beschwor sie, so lange es noch Zeit wäre, die notwendige wirtschaftliche Umwälzung durch Erfüllung der Wünsche der Arbeiterklasse anzubahnen. Dann fuhr er fort:

„Der Plan der zukünftigen Gesellschaft, wie die Sozialisten ihn entworfen haben, scheint euch nicht vollkommen? Ihr habt zweifellos Recht. Wohlan! Vervollständigt ihn, verbessert ihn, trage jeder seinen Baustein, seine Ansicht herbei, vergrößert, verschönert das Gebäude der Zukunft. Schafft allen euren Wünschen nach einem bessern Leben darin Raum. Es wird niemals zu viel Arbeiter geben zur Arbeit an dem gemeinsamen Werke. Damit es fest gefügt und harmonisch werde, daß alle den Blick fest auf das Ideal geheftet arbeiten: Vorwärts durch die Gleichheit zur Freiheit, durch die Solidarität der Interessen zu der heiligen Brüderlichkeit der Herzen."

Der Verfasser berichtete sodann, wie und warum er selbst Sozialist geworden war, und unterzeichnete diese öffentliche Beichte mit seinem vollen Namen.

Als André mit leicht bewegter Stimme seinen Artikel vorgelesen hatte, rief Vater Deschamps:

„Sehr gut! Sehr gut! Hin und wieder noch ein wenig unklar. Aber vielleicht wirkt er so besser."

Johanna gab ihren Beifall rückhaltlos zu erkennen. Wehe dem, der sich erlaubt hätte, merken zu lassen, daß dieser erste Versuch kein Meisterwerk war! Es wurde ihr schwer, dem Großvater die unschuldige Kritik, die er sich gestattet hatte, zu verzeihen.

Der Artikel erschien am 15. April und hatte Erfolg. Er wurde von zwei Seiten zugleich angegriffen. Eine Zeitung machte sich über den „sentimentalen Sozialismus eines neugebackenen Ehemannes" lustig, beschuldigte ihn, ein einfältiger Reformer zu sein, der allen Bourgeois so liebenswürdig entgegen komme, daß sie ohne große Umstände Sozialisten werden müßten.

Vater Deschamps erkannte in diesen Ausführungen den Ton und Stil eines Freundes von Sigismund Roguet. Die bürgerlichen Zeitungen schwiegen mit Ausnahme einer einzigen, die diesen bestrickenden und für weite Kreise mundgerechten Sozialismus als eine ernste Gefahr denunzierte, in welche die gebildete Jugend sich niemals begeben dürfe. André erfuhr, daß dieser anonyme Alarmruf von Henri Dusaule herrührte. Herr Dusaule junior hatte seit seiner Verheiratung mit einer reichen Erbin einen Abscheu vor allem, was wie Sozialismus aussah. Er begann sogar seinen Vater gefährlich zu finden.

Einige Briefe, die ihm die glühende Zustimmung von zwei oder drei unbekannten Freunden überbrachten, hätten André leicht über diese Angriffe getröstet, wenn er Trost nötig gehabt hätte. Aber das Glück seiner Liebe hüllte ihn in eine gefeite Rüstung: unverletzt ging er aus allen Kämpfen hervor. Obgleich Kummer und Nachdenken in letzter Zeit seinem Antlitz eine ungewohnte Blässe und einen tiefernsten Ausdruck verliehen hatten, strahlten seine Augen, waren seine Bewegungen lebhaft und drückte sich in seinem ganzen Wesen eine Lebenskraft aus, die von der Tiefe seiner innern Befriedigung Zeugnis ablegten. Wie fühlte er sich jung und stark, als er eines Tages auf dem Boulevard seinen beiden ehemaligen Gefährten Alfred und Guntram begegnete. Wie alt und verdrießlich fand er sie!

Herr v. Serenoize suchte jetzt durch Sparsamkeit die Löcher wieder zu verstopfen, die ihm seine verunglückte Wahl in die Kasse gerissen hatte, und rief zu diesem Zweck seinen Sohn aus Paris zu sich. Der arme Guntram trennte sich mit blutendem Herzen von der Stadt, in der man sich so schön amüsierte und reiste mit der Ueberzeugung ab, daß es mit ihm zu Ende sei, daß er von nun an sein Leben in der Provinz bei Vieh und Dung verbringen müsse.

(Fortsetzung folgt.)

Kulturkampfe persönlich eine keineswegs extreme Stellung eingenommen hat.

„Eine Partei, die von solchem Geiste erfüllt ist und windthorstisch im politischen Sinne bleiben wird, so lange sie überhaupt existiert, kann, ohne sich selbst zu verleugnen und preiszugeben, ebenso wenig wie die Sozialdemokratie auf die Dauer für das Deutsche Reich, wie es jetzt besteht, eintreten. Wenn sie es scheinbar dennoch thut, so kann man sicher sein, daß es aus ähnlichen Gründen geschieht wie bei der Sozialdemokratie: um irre zu leiten oder die Regierung auf Wegen zu bestärken, von denen sie glaubt, daß sie in den Sumpf führen. Wir können also nicht auf die Ansicht verzichten, daß das jetzige Zentrum, weit entfernt, sich seinem inneren Wesen nach zu ändern, nicht minder zu den Reichsfeinden zählt wie die Sozialdemokratie."

Wir gönnen dem alten Krakehler in Friedrichsruh die Einbildung, daß er mit seiner brutalen Gewaltpolitik der Sozialdemokratie „schwere Niederlagen" beigebracht hat. Eine Frucht guten Gewissens ist die Einbildung jedoch nicht. Hat doch gerade unter der Herrschaft der Bismarckschen Ausnahmegesetze die Sozialdemokratie zur stärksten Partei Deutschlands sich entwickelt.

Die Zentrumspartei geht selbstverständlich mit der Bismarckschen Hetzerei scharf ins Gericht. Die „Germania" schreibt unter anderem:

„Wir wollen den Fürsten Bismarck nicht für jeden einzelnen Paragraphen in den Maigesetzen und in den sonstigen Kulturkampfgesetzen verantwortlich machen, aber noch viel weniger können wir ihn von der Verantwortlichkeit für den Geist der Kulturkampfgesetze und für die Hauptbestrebungen und Hauptbestimmungen desselben entbinden. Jetzt ist es zu spät, wenn Fürst Bismarck nach dem Mißlingen des Kulturkampfes die Verantwortlichkeit für denselben ablehnen will. . . .

„Die neue Hetze des Fürsten Bismarck gegen das Zentrum ist nicht der eigentliche Zweck seiner neuen Aktion, sondern nur Mittel zum Zweck. Kein anderer Diplomat und Politiker hat jemals den Grundsatz „Der Zweck heiligt die Mittel" so sehr sich zu eigen gemacht, als Fürst Bismarck. . . .

In erbärmlicher Weise wird über kaiserliche und päpstliche Politik gesprochen. Aber der Kaiser hat doch die Politik des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe und der ihm untergebenen Staatssekretäre gebilligt! Der Kaiser hat im Gegensatz zum Fürsten Bismarck dem Reichstage selbst und durch andere Kundgebungen öffentlich seinen Dank und seiner Freude über das Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuches Ausdruck gegeben, und daran knüpfen ja die „Hamb. Nachrichten" an. Der Gegensatz müßte also heißen: „kaiserliche oder bismärckische Politik". Um diesen Gegensatz nun zu vertuschen, wird von einem Mann hinter dem Busch das „protestantische Bewußtsein" in Bewegung zu setzen gesucht, wird von einem „evangelischen Kaisertum", von einem „nationalen Deutschen Reich mit protestantischer Spitze" gesprochen."

Deutsches Reich.

Berlin, 14. Juli. An Herrn von Plötz und seine Freunde, schreibt der „Vorwärts", hatte die „Germanie" die Frage gerichtet, wie viel Gehalt er für seine agitatorische Thätigkeit beziehe. Eine Antwort ist bisher nicht erfolgt. Wir können indeß die Neugier der „Germania" befriedigen. Nach einer uns zugegangenen Mitteilung bezog Herr von Plötz vor zwei Jahren ein Gehalt von 15000 M., im vorigen Jahre 20000 M. Seine Spesen belaufen sich jährlich auf 5—6000 Mark. Außerdem soll er noch jährlich 8—10000 M. liquidieren. — Dagegen soll Herr von Plötz nach den Angaben der „Kölnischen Volkszeitung" zwar kein festes Gehalt, aber 18000 M. Reisespesen beziehen. Auch nicht übel!

— Die „Kreuzzeitung" veröffentlicht einen Vertrag zwischen den drei Parteien, die sich Hoffnungen auf das lippische Thrönchen machen. Der König von Sachsen und sechs Reichsgerichtsräte sollen herausfinden, wer eigentlich der angestammte Landesvater" ist. Das Volk wird allergnädigst gar nicht erwähnt zu werden geruht.

— Im antisemitischen Lager dauert der durch das Verhalten der Herren Liebermann und Genossen bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs aufs Neue hell entfachte Streit fort. Selbst die Berliner antisemitische „Tägl. Rundschau" ist mit der Stellung dieser Herren im Reichstage höchst unzufrieden. Sogar die Taktik der Konservativen sei genial gewesen gegenüber der von der deutsch-sozialen Reformpartei beliebten. „Das war überhaupt nicht mehr ein geordnetes Kämpfen' sondern ein Schüsseabfeuern in völliger Deroute. Die deutschsoziale Reformpartei schien während des letzten Teiles der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches mehr Augenblicks-Eingebungen und persönlichen Liebhabereien als einem Plane zu folgen." Darauf antwortet das Blatt des Abg. Förster „Frei Deutschland": „Daß die Reformpartei nicht immer nach einem festen Plane focht, ist freilich richtig. Wenn mitten im Kampfe ein Flügel sieht, wie neben ihm die Truppen, wie die Konservativen bei den letzten Verhandlungen, bald so schwanken, bald so, je nachdem ein Hase über das Schlachtfeld läuft, bald Freund sind, bald Feind, überlaufen, je nachdem hier oder dort Vorteil winkt — ja zum Teufel! da soll einer nach einem festen Plane kämpfen!" Inzwischen hat, wie bereits berichtet, das böse Bürgerliche Gesetzbuch auch zum Ausscheiden des Abg. Lieber (Meißen) aus der antisemitischen Fraktion geführt, die nun nur noch grade 13 Mitglieder zählt. Lieber, der schon in der Hasenfrage sich von seinen Parteifreunden getrennt hatte, stimmte schließlich für das Bürgerliche Gesetzbuch, während seine Parteigenossen sich der Stimmabgabe enthielten. Zur Rede gestellt, erklärte er seinen Austritt aus der Fraktion. Man sucht nun einen Ausgleich herbeizuführen und hat zu dem Zweck Vertrauensleute des Lieberschen Wahlkreises zusammenberufen. Die antisemitischen Führer behaupten, Lieber sei nur unter der Bedingung gewählt worden, der antisemitischen Fraktion beizutreten. Scheide er jetzt aus, so müsse er auch sein Mandat niederlegen.

Boshaft meinen Zentrumsblätter: mit ihren sächsischen Wahlkreisen sollten die Antisemiten doch etwas vorsichtiger sein. Dresden-Land haben sie nach dem Rücktritt des Abg. Hänichen bereits an die Sozialdemokraten verloren, und Meißen, das von den Antisemiten erst in der Stichwahl und nur mit konservativer Hilfe gegen die Sozialdemokraten gewonnen werden konnte, dürfte bei einer etwaigen Neuwahl ebenfalls eine Beute der Sozialdemokraten werden.

— Zu dem bereits gemeldeten Plan der Besoldungsverbesserung wird in den „Berl. Pol. Nachr." noch mitgeteilt, daß auch das Offizierskorps vom Premierlieutenant aufwärts bis zum Major einschließlich eine Gehaltsaufbesserung erfahren soll. Eine solche Gehaltsaufbesserung war allerdings bereits in dem Plan von 1890 vorgesehen. Und zwar sollten danach ohne Unterschied der Waffengattung die Majors 6000 Mk., die Hauptleute und Rittmeister erster Klasse 3900 Mk., diejenigen zweiter Klasse 2700 Mk., die Premierlieutenants 1680 Mk. Besoldung erhalten. An eine Aufbesserung der Sekondlieutenants war mit Rücksicht darauf, daß dieselben Altersklassen im höheren Zivildienst in der Regel noch gar kein Einkommen beziehen, Abstand genommen worden. In den „Berl. Pol. Nachr." werden die Mehrkosten für das Reich bei einer Gehaltsaufbesserung für alle höheren Beamten einschließlich der vortragenden Räte auf 15—16 Millionen Mk., für Preußen auf 20 Millionen Mk. berechnet.

Eine Lappalie, wenn man bedenkt, wie kümmerlich die Leute sich bisher durchs Leben schleppen mußten, denen jetzt das Gehalt aufgebessert werden soll, z. B. die armen, armen Offiziere. Da brauchen bloß die notwendigen Lebensmittel um einige Prozent höher besteuert zu werden, schwapp klingt das Geld im Kasten und die Sache ist erledigt. Das Regieren ist ungeheuer einfach. —

— Das Margarinegesetz ist in der Bundesratssitzung am Dienstag abgelehnt worden. Ausnahmsweise haben also hier einmal die Regierungen Festigkeit den agrarischen Ueberhebungen gegenüber gezeigt. Freuen wird man sich nunmehr können auf die lieblichen Wutausbrüche der königstreuen Agrarier.

Gnesen, 13. Juli. Der Bürgermeister Roll hat gegen das Urteil des Bezirksausschusses in Bromberg, welches bekanntlich auf Dienstentlassung lautet, Berufung eingelegt.

Mülhausen i. Els., 9. Juli. Die heutige erste Sitzung des neugewählten Gemeinderats war in zweifacher Hinsicht interessant. Einmal handelte es sich darum, einen von administrativer Seite begangenen parlamentarischen Fehler mit gehörigem Nachdruck zu rügen, zum andern um die Bürgermeisterwahl. Bekanntlich wurde die Wahl des sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten Bueb in den Stadtrat angefochten, weil er angeblich keine der direkten Steuern bezahlt hat, von denen das neue Gesetz die Wählbarkeit abhängig macht. Er selbst hat bekanntlich nachgewiesen, daß er wiederholt, aber vergeblich, Schritte gethan hat, seine Steuern los zu werden. Aus der Nichtzahlung leitete man das Recht her, Bueb zur ersten Sitzung nicht einzuladen. Wie nunmehr die „Frankfurter Ztg." mitteilt, hat der frühere Reichstags-Abgeordnete und jetzige Stadtrat Hickel heute energisch Protest eingelegt gegen dieses eigentümliche Verfahren, einen mißliebigen Gegner mit solchen Mitteln mundtot machen zu wollen; unter Berufung auf die Reichstags-Usancen wies er darauf hin, wie unparlamentarisch die hier inaugurierte Praxis sei, einem Volkserwählten die Mandatsausübung unmöglich zu machen, noch bevor seine Wahl definitiv für ungiltig erklärt worden sei. Und siehe da, der klerikal-liberale Gemeinderat ward sich seiner Würde bewußt und beschloß einstimmig, sein Bedauern darüber auszusprechen, daß Bueb zur Sitzung nicht eingeladen und somit verhindert worden sei, ihr anzuwohnen. Alsdann schritt man zur Bürgermeisterwahl, die eine zweite Ueberraschung brachte, indem einer der vornehmsten Programmpunkte der Kompromißparteien: die Abschaffung des Berufsbürgermeisterwesens, verleugnet wurde. Wie schon telegraphisch gemeldet wurde, ergab nämlich die geheime Abstimmung, daß mit 20 Stimmen bei 10 Enthaltungen der bisherige altdeutsche Berufsbürgermeister Hack, der notabene nicht in den Stadtrat gewählt worden war, zum Stadtoberhaupt vorgeschlagen wurde. Seine Bestätigung steht außer allem Zweifel. Diese Bürgermeisterwahl wird in einheimischen Kreisen mit gemischten Gefühlen aufgenommen, wiewohl sich Hack in der verflossenen Amtszeit mannigfache Verdienste um die Stadt erworben.

Schwetz, 19. Juli. Nach amtlicher Feststellung erhielten bei der am 9. d. Mts. im Wahlkreise Schwetz stattgehabten Reichstagsstichwahl von 10469 abgegebenen Stimmen Holtz-Parlin (Reichspartei) 5328, v. Saß-Jaworski-Lippinken (Pole) 5141 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Schlettstadt. Das erste „Sonntagskind" soll dem Reichstage bescheert werden. In der amtlichen „Straßb. Korresp." wird mitgeteilt, daß die durch die Kassierung des Pöhlmannschen Mandats erforderlich gewordene Ersatzwahl zum Reichstage für den Bezirk Schlettstadt auf Sonntag, den 9. August, anberaumt worden ist. Den Sonntag gesetzlich als Wahltag zu fixieren, ist eine alte Forderung der freiheitlichen Parteien, deren Begründung unwiderlegbar ist und neuerdings durch die gesetzliche Sonntagsruhe in Handel und Verkehr an Kraft noch gewonnen hat. Die Regierungen aber setzten ihr nicht nur den schroffsten Widerstand entgegen, sondern ließen es auch in keinem Einzelfall zu, daß eine politische Wahl auf den Sonntag gelegt wurde. Die Regierung von Elsaß-Lothringen wird jetzt dem Reichstage das erste „Sonntagskind" bescheeren; sie ist wahrscheinlich ohne weitere Erwägungen der guten französischen Tradition gefolgt, die den Sonntag allgemein als die geeignetste Wahlzeit eingesetzt hat, wobei man in den Reichslanden bei Bezirks- und Gemeindewahlen auch seither geblieben ist. Der jetzige Reichskanzler war viele Jahre der Chef der Regierung in Elsaß-Lothringen; hat er dort keine Bedenken gegen die Sonntagswahlen gehabt, wie will er sie in seiner jetzigen Stellung rechtfertigen, und wie will er die Frage verneinen, ob den Berlinern und Breslauern nicht billig sei, was den Schlettstädtern recht ist? Also: möge das „Sonntagskind" aus den Reichslanden dem Reiche endlich den Sonntag als allgemeinen Wahltag bringen.

Aus dem Auslande.

Frankreich. In der Deputiertenkammer wünschte am Sonnabend der Abg. Isaak die Regierung über die Zuckerfrage zu interpellieren. Der Ministerpräsident erinnerte daran, daß die Regierung einen bezüglichen Gesetzentwurf vorbereite. Es empfehle sich, die Interpellation zu vertagen, damit die in Frage kommenden Interessen nicht geschädigt werden. Mit 341 gegen 171 Stimmen wurde hierauf beschlossen, die Interpellation um einen Monat zurückzustellen. Montfort legte den Bericht der Heereskommission vor, der die Annahme der Vorlage über die Organisation des Heeres-Oberkommandos empfiehlt. Déjéante (Sozialist) brachte den Antrag ein, alle wegen politischer Vergehen Verurteilten bei Gelegenheit der Feier des 14. Juli zu amnestieren, und forderte die Dringlichkeit für seinen Antrag. Der Ministerpräsident bekämpfte die Dringlichkeit, worauf diese mit 325 gegen 171 Stimmen abgelehnt wurde. Ein Antrag Pourqueryrs auf Besprechung der Lage auf Madagaskar wurde angenommen. Pourquery tadelte die in Madagaskar befolgte Politik: Man hätte die Fremden vertreiben sollen, die Unruhen hervorgerufen und die Eingeborenen gegen Frankreich aufhetzten. Der Minister für die Kolonien erwiderte, die Beziehungen zwischen der Zivil- und Militärgewalt auf Madagaskar seien gut. General Voyron werde auf seinen Wunsch abberufen und durch einen erfahrenen General ersetzt werden. Die Regierung werde Mittel und Wege finden, den Umtrieben von Individuen, die Unruhen erregen, ein Ende zu machen. Hierauf wurde die von der Regierung akzeptierte einfache Tagesordnung durch Handaufheben angenommen. Ministerpräsident Meline verlas alsdann ein Dekret, wodurch die Session der Kammer geschlossen wird.

— Ein Attentat auf den Präsidenten ist am Dienstag versucht worden. Das „W. T. B." meldet darüber: Während der Truppenschau wurde von einem Individuum ein Revolverschuß auf den Präsidenten Faure abgegeben. Der Präsident ist nicht verletzt. Der festgenommene Attentäter erklärt, die Schüsse seien blind gewesen. Wahrscheinlich ist die Sache durch den Telegraphen wieder nach Kräften aufgebauscht worden.

Italien. Die Ministerkrise ist noch nicht beendigt. Die Lösung der Militärfrage stößt auf Schwierigkeiten. Als Nachfolger des Generals Ricotti ist General Pelloux in Aussicht genommen, der am Sonntag von Verona in Rom eintraf. Er hatte zunächst eine Besprechung mit Rudini und dann eine Audienz beim König. Es heißt, General Pelloux verlange die Festsetzung des Militärbudgets auf 246 Millionen anstatt der vorher geforderten 234 Millionen. Diese Forderungen seien indessen mit der finanziellen Lage Italiens schwer in Einklang zu bringen. Deshalb war am Montag über die Militärfrage noch keine Verständigung erzielt. Auch für den ebenfalls aus dem Kabinett definitiv scheidenden Arbeitsminister Perrazzi ist ein Nachfolger noch nicht gefunden. Man nimmt an, daß die Krise sich noch einige Tage hinziehen wird.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 15. Juli.

— **Unter dem Zeichen der Polizei** berichten die hiesigen Blätter übereinstimmend: Vereinsversammlungen und Polizeistunde. Zu der Frage, inwieweit Vereinsversammlungen an die Vorschriften über die Einhaltung der Polizeistunde gebunden sind, hat das Verwaltungsgericht vom 12. November v. J. nachstehende Entscheidung gefällt: Die Vorschriften über die Polizeistunden greifen auch auf Vereinsversammlungen Platz, es sei denn, daß diese geschlossene (nur auf Vereinsmitglieder beschränkte) seien. Daß dies der Fall sei, muß vom Verein bewiesen werden. Zu diesem Zwecke genügt der Nachweis nicht, daß das Lokal vom Verein gemietet sei oder daß der Inhalt der Statuten der Teilnahme von Nichtvereinsmitgliedern entgegenstehe. Es ist nachzuweisen, daß eine Beteiligung außerhalb des Vereins stehender Wirtschaftsbesucher thatsächlich nicht stattfinde. Dieser Nachweis ist unmöglich, wenn eine Kontrolle über die Besucher fehlt, wie dies sich auch in dem zur Entscheidung vorliegenden Falle ergab. Ob der Verein ein politischer (§ 8 des Vereinsgesetzes) ist oder nicht, ist für die Frage gleichgültig. — Es ist uns nicht ganz klar, zu welchem Zweck gerade jetzt an die alte Entscheidung des Verwaltungsgerichts erinnert wird.

— **Warnung vor einer Schwindlerin.** In letzter Zeit hat sich hier eine Frauensperson aufgehalten, die mehrere Betrügereien und auch einen Diebstahl ausgeführt hat. Unter Angabe falscher Namen vermietete sich dieselbe bei mehreren Herrschaften, nahm das Mietsgeld, trat aber den Dienst zu der festgesetzten Zeit nicht an. Bei einem hiesigen Wirt war sie etliche Tage in Dienst, stahl demselben eine goldene Uhr mit Kette im Werte von 180 Mk. und verschwand sodann spurlos. Sie nannte sich bald Friedrike Möller aus Bochum, bald Johanne Schieser aus Krefeld, bald Friedrike Leßmann aus Osnabrück. Sollte diese Person sich hier noch mehrerer derartiger Betrügereien schuldig gemacht haben, so wird ersucht, hiervon dem Polizeikommissariat I, Klosterstraße 6, ungesäumt Anzeige zu erstatten.

— **Verhaftet.** Gestern Mittag wurden von den beiden Flurschützen zwei Frauenzimmer, Frau Sonnemann und Frau Lohmann, wegen Trunkenheit und verdächtigen Umhertreibens im Stadtpark und im Ollerdissen-Holze verhaftet.

— **Gestohlen oder entlaufen** ist in der Nacht zum 9. d. Mts. ein Kutschgespann, dunkelbraune Stute und Halbchaise, welches vor dem Hause des Wirts Brünger in Werl bei Schötmar aufgestellt war. Vor Ankauf wird gewarnt.

— **Gefunden** mehrere Portemonnaies mit Inhalt, mehrere Kragen und Manschetten, eine silberne Cylinderuhr mit Goldrand und Nickelkette, eine goldene Brosche, ein grau gestreiftes Umschlagtuch, ein grauer Umhang, ein Pincenez.

(W. Ztg.)

Herford, 14. Juli. Schlachthofangelegenheit. In welcher energischen Weise unsere Behörden einschreiten, sobald es sich um Aufdeckung schreiender Mißstände handelt, davon bietet das Vorgehen unseres Magistrats in der Schlachthofangelegenheit wieder einmal ein liebliches Bild. Kaum vier Tage sind verflossen, und schon ist der Heizer Kretschmann — entlassen, Knall und Fall, nicht einmal das Gehalt ist ihm ausgezahlt worden, wozu dem Magistrat kein Recht zustand. Entlassen ist er auf Grund des § 125 Nr. 5 der Gewerbe-Ordnung, welche es gar nicht giebt, soll vermutlich heißen:

§ 123. Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehilfen entlassen werden: 5) wenn sie sich Thätlichkeiten oder grobe Beleidigungen gegen den Arbeitgeber, oder seine Vertreter oder gegen die Familien angehörigen des Arbeitgebers oder seiner Vertreter zu Schulden kommen lassen.

Der Inspektor hat einfach erklärt, die sämtlichen Beschuldigungen wären unwahr. Und das genügt dem Magistrat! Hier steht doch Aussage gegen Aussage, abgesehen von den

anderen Zeugenaussagen. Nun hat doch der Magistrat auch ein Interesse daran, daß durch die Untersuchung die Wahrheit an den Tag kommt. Warum also nimmt er von vornherein in dieser Untersuchung Stellung zu Gunsten des Inspektors? Für den beschränkten Unterthanenverstand giebt es da keine Erklärung.

V. **Minden,** 13. Juli. Kaum glaublich, aber wahr! Unsere Stadtverordneten bewilligten in ihrer öffentlichen Sitzung vom 9. Juli an den Musikverein eine jährliche Beihilfe von 300 Mark. Wir lassen hierzu den, diesen Punkt betreffenden Bericht der „Mindener Zeitung" folgen:

„Die Bewilligung einer Unterstützung an den Musikverein ist durch Schreiben des Vorstandes dieses Vereins an den Magistrat nachgesucht worden. Der Magistrat giebt es weiter an das Kolleg, indem er kurzer Hand eine jährliche Beihilfe von 300 Mk. bis auf Widerruf vorschlägt, unter der Bedingung, daß der Magistrat ein stimmberechtigtes Mitglied in den Vorstand delegieren kann. In dem Schreiben, das als Referent Stv. Schütte vorträgt, wird nach Darlegung der bekannten Vereinszwecke, die zur Förderung der Bildung und Gesittung in unserer Stadt beitrügen, auseinandergesetzt, daß die Einnahmen unzureichend seien, aber eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge nicht angängig sei. Es wird daher um Gewährung einer alljährlich in den Etat einzustellenden Summe gebeten, da die Stadt ein Interesse am Bestehen des Musikvereins haben dürfte. Die V. K. hat der Magistratsvorlage zugestimmt. Stv. Günther bemerkt, die Gewährung einer Beihilfe an den Musikverein sei schon zweimal abgelehnt, er könne sich auch in dieser Form nicht dafür erklären. Die Mitglieder gehörten zu den bessersituierten Kreisen, die bezahlen könnten. Es könnten andere Vereine mit solchen Ansprüchen folgen. Er habe schwere Bedenken gegen die Bewilligung. Ob.-B. Bleek, Stvv. Prof. Bußmann, Heimrod, Quante und Schütte befürworten, die Bewilligung, indem sie darauf hinweisen, daß das Bestehen eines solchen Vereins auch ein günstiges Moment für den Fremdenzufluß bilde, daß der Stadt Einfluß auf die Vereinsleitung gesichert sei und unliebsamen Vorgängen bezgl. der Mitgliederaufnahme schon seit längerer Zeit vorgebeugt sei. Die Magistratsvorlage wird einstimmig genehmigt.

Der genannte Verein ist ganz privater Natur, und für diesen Verein werden aus dem allgemeinen Steuersäckel Gelder bewilligt, lediglich weil diese armen „bessersituierten Kreise" keinen höheren Beitrag, und wie das „Kreisblatt" berichtet, keine höheren Eintrittsgelder für die Konzerte bezahlen könnten. Einerseits erschwert man den Arbeitervereinen die Existenz durch die Lustbarkeitssteuer, andererseits unterstützt man einen Verein der Besitzenden. Das ist Gerechtigkeit! Die Arbeiter und andere kleine Leute müssen das besondere Musikvergnügen der „Bessersituierten" mit bezahlen. Denn der Gesamtheit sind die Künste dieses Vereins nicht zugänglich. Inwieweit dieser Verein zur Bildung und Gesittung in unserer Stadt beitragen soll, mag doch wohl höchstens für den „besitzenden Zirkel" maßgebend sein, denn über diesen hinaus hat man von seiner Thätigkeit noch nichts gehört. Inwieweit für diesen Kreis zur Förderung der Bildung und Gesittung ein solcher Verein notwendig ist, das zu untersuchen müssen wir schon den Verteidigern des Appells an den Stadtsäckel überlassen. Wenn es sich dann weiter bei diesem Verein um den Fremdenzufluß handeln soll, so hätte man ja schon längst dazu übergehen können, auf Kosten des Stadtsäckels allwöchentlich für die Besitzenden ein großes Essen mit dem nötigen Champagner zu geben, das würde den Fremdenzufluß noch mehr erhöhen. Unsere freisinnigen Stadtverordneten, die so bewilligungseifrig sind, würden auch hier ihr weiches Herz offenbaren und sich nicht in Gegensatz zu den anderen stellen, dazu ist ja auch ihr Rückgrat gar nicht angethan. Lustbarkeits- und Biersteuer, welche die große Masse des werkthätigen Volkes treffen, einerseits, Herabsetzung der direkten Steuern, womit den Besitzenden genützt wird, andererseits, und drittens Bewilligung von Liebesgaben an den Militarismus (Kaserne) und an einen Verein der besitzenden Kreise. Wir Mindener können stolz sein auf unsere Stadtvertretung. Die Arbeiter und kleinen Handwerker aber mögen daraus ersehen, daß sie es sind, welche stets und ständig Tribute in allen möglichen Formen an die besitzende Klasse zahlen müssen. Beteiligt Euch, Ihr Proletarier, am politischen Leben und sorgt mit dafür, daß solcher Wirtschaftsweise ein Ende bereitet wird.

Osnabrück, 11. Juli. Unfall. Auf eine gräßliche Weise kam gestern Abend auf dem hiesigen Stahlwerke der Arbeiter Pues ums Leben. Er war beim Hebetisch an der Blockwalze damit beschäftigt, den vor der Führung stehenden Block in das richtige Kaliber zu bringen. Die hierzu benutzte Stange wurde jedoch zu spät zurückgezogen, sie wurde von der Walze erfaßt und versetzte dem P. einen so heftigen Schlag, daß dieser unter den Hebetisch fiel. In demselben Augenblick ging letzterer nieder und zerdrückte dem Unglücklichen auf der Stelle den Kopf. Der Tod trat augenblicklich ein. (H. C.)

Langendreer, 13. Juli. Gestern Nacht kurz nach 11 Uhr ist über das Geleise der Berg.-Märkischen Eisenbahn in der Nähe der Zeche „Prinz von Preußen" böswilliger Weise eine Eisenbahnschiene gelegt worden, offenbar in der Absicht, den kurz nach 11 Uhr hier durchfahrenden P.-Zug zum Entgleisen zu bringen. Diesem Zuge fuhr jedoch ein Personenzug mit 2 Maschinen und 16 Wagen voraus, der auf das Hindernis stieß. Die erste Maschine hob sich etwa 2 Fuß in die Höhe und fuhr über das Hindernis hinweg, die Schienen bei Seite schleudernd. Der Zug wurde sofort zum Stehen gebracht und langte mit erheblicher Verspätung hier an. Die Passagiere des stark besetzten Zuges kamen mit dem Schrecken davon. (Trem.)

Barop, 13. Juli. Zwei Kerle überfielen am Sonnabend Abend hier in der Nähe ein Mädchen, welches nach Barop zuging, banden dasselbe an einen Baum und entfernten sich dann. Des Weges kommende Bergleute hörten das Weinen des Mädchens und befreiten es aus ihrer Lage. Von den Bösewichtern hat man bis jetzt noch keine Spur. (Trem.)

Gerichtliches.

** **Bielefeld,** 14. Juli. Strafkammer. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Löher, Vertreter der Staatsanwaltschaft: Assessor Reichartz. — Der Kleinhändler Niermann zu Herringhausen war vom Schöffengericht zu Herford wegen Beamtenbeleidigung, und zwar in Anbetracht seiner Vorstrafen, zu einer zweimonatlichen Gefängnisstrafe, und wegen unbefugter Ausübung des Schankgewerbes zu einer Geldstrafe von 150 Mk. bezw. zu 30 Tagen Haft verurteilt, dagegen der mitangeklagte Heuerling Niemeyer zu Herringhausen von der Anschuldigung der Beamtenbeleidigung freigesprochen worden. Wegen der geschehenen öffentlichen Beleidigung war inbezug auf die Verurteilung des Niermann auf Publikation des Urteils erkannt. Gegen dieses Urteil war sowohl von Seiten des Niermann als auch von Seiten der Kgl. Staatsanwaltschaft Berufung angemeldet worden. Auf Grund der wiederholten Beweisaufnahme wurde die Berufung des Niermann verworfen, auf die Berufung der Staatsanwaltschaft das erste Erkenntnis aber aufgehoben und der Angeklagte Niemeyer wegen Beamtenbeleidigung mit 2 Wochen Gefängnis bestraft. Zu gleicher Zeit wurde dem Beleidigten die Publikationsbefugnis des Urteils nach eingetretener Rechtskraft zugesprochen. — Die Ehefrau des Gasarbeiters Lorenz Arnold zu Herford, welche vom dortigen Schöffengericht wegen Mißhandlung mit 10 Mk. ev. 2 Tagen Gefängnis bestraft ist, wurde in der Berufungsinstanz unter Aufhebung des ersten Urteils freigesprochen. — Der Zwangszögling Gottlieb Kopka zu Schildesche, welcher zur Zeit eine zweijährige Gefängnisstrafe verbüßt und wegen Diebstahls wiederholt vorbestraft ist, ist geständig, in der Nacht zum 14. Mai d. Js. einem angetrunkenen Arbeiter in ganz raffinierter Weise die Uhr aus der Tasche gestohlen zu haben. Er erhielt wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle eine Zusatzstrafe von 6 Monaten Gefängnis. — Der inhaftierte Bäckergeselle Robert Melßen aus Aachen hat einem Nebengesellen in Enniglo am 11. Mai d. Js. eine Taschenuhr im Werte von 25 Mk., ferner 4,50 Mk. baares Geld, ein Messer und einen Kamm gestohlen. Er ist geständig und wird unter Zubilligung mildernder Umstände wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle zu 6 Monat Gefängnis verurteilt.

Bochum, 13. Juli. Vor dem Schwurgericht hierselbst kam kürzlich ein Fall grenzenloser Roheit zur Verhandlung, der glücklicherweise vereinzelt dastehen dürfte. Die Bergleute Kaminski, Golembiewski und Bahr aus Altenbochum suchten in der Nacht zum 1. Juni d. J. jemanden, an dem sie ihr Mütchen kühlen konnten. Zuerst begegnete ihnen der Steiger Hageböck von Zeche „Konstantin 3". Mit einer eisernen Stange wurde er kurzer Hand niedergeschlagen, indessen kam der Ueberfallene mit dem Leben davon. Nach ihm kam der Fuhrknecht Thonen, ebenfalls ein sehr ruhiger und braver Mensch, der friedlich seines Weges ging, um sein Quartier aufzusuchen. Er wurde von den drei Burschen buchstäblich zu Tode geprügelt, denn er starb schon am andern Tage infolge der erhaltenen Verletzungen. Der Gerichtshof nahm sich der Burschen sehr kräftig an und verurteilte den Kaminski zu zehn Jahren und sechs Monaten, Golembiewski zu zehn Jahren Zuchthaus, Bahr zu neun Monaten Gefängnis.

Soziales.

Einen argen Mißbrauch mit der Statistik treibt die „Freisinnige Zeitung". Nach dem Evangelium des „heiligen Manchester" soll die Lebenshaltung der Arbeiter innerhalb der heutigen Gesellschaft fortwährend steigen. Um diesen Satz zu beweisen, druckte der Hohepriester des Kapitals in seinem Blatt folgende Notiz ab:

„Für die fortschreitende Besserung der Lebenshaltung in Deutschland wird im „Stat. Jahrbuch" für 1896 der vermehrte Konsum an Genußmitteln angeführt. So stieg der jährliche Verbrauch von rohem Kaffee seit 1836 von 1,01 Kilogr. auf 2,41 Kilogr. pro Kopf der Bevölkerung im Durchschnitt der Jahre 1891/95, der Konsum von Zucker seit 1886/87 von 7,7 Kilogr. auf 10,7 Kilogr. pro Kopf, der Branntweinverbrauch seit 1887/88 von 4,4 auf 5,7 Liter, und zwar der jährliche Genuß von Branntwein von 3,6 auf 4,3 Liter pro Kopf und der Verbrauch zu gewerblichen Zwecken von 0,8 auf 1,4 Liter, der Bierkonsum seit 1875 von 93,3 auf 106,9 Liter, der Tabakverbrauch von 1 3 Kilogr. im Durchschnitt der Jahre 1866/70 auf 1,6 Kilogr. im Jahre 1894/95, der Verbrauch von ausländischen Gewürzen seit 1836 von 0,05 auf 0,15 Kilogr. In großem Umfange hat auch der Konsum von Südfrüchten zugenommen, nämlich seit 1836 von 0,06 auf 1,39 Kilogr. im jährlichen Durchschnitt des Zeitraums 1891/95. — Was die übrigen Lebensmittel, abgesehen von den Nahrungs- und Genußmitteln, anlangt, so giebt von der reicheren und besseren Bekleidung Kunde die Zunahme des Verbrauchs von Baumwolle, der seit dem Jahre 1836 von 0,34 auf 4,95 Kilogr. pro Kopf gestiegen ist. Der jährliche Konsum des zur Beleuchtung dienenden Petroleums hat sich von 1,87 Kilogr. im Durchschnitt der Jahre 1866/70 auf 14,82 Kilogr. pro Kopf gehoben. Der gesteigerte Verbrauch an Kohlen und Roheisen endlich legt Zeugnis ab für die Vermehrung der Industrie. In dem Zeitraum 1875 bis 1894 ist der jährliche Konsum an Kohlen von 1128 auf 1956 Kilogr. und der Verbrauch von Roheisen von 54 9 auf 103,9 Kilogr. pro Kopf der Bevölkerung gestiegen".

Da wird es jedem Leser zunächst auffallen, daß bei den verschiedenen Produkten stets andere Jahre der Vergangenheit zum Vergleich herangezogen sind. Dieses Kunststück mußte Herr Richter aber machen, um seiner Behauptung den Schein von Berechtigung zu geben. Hätte er z. B. beim Tabak statt der, wegen der in diesem halben Jahrzehnt vorgekommenen Kriege, ganz unpassenden Jahre die folgenden Jahre, nämlich 1871/76, genommen, dann hätte er einen Jahresverbrauch von 1,8 Kilo pro Kopf gehabt, also einen Rückgang des Konsums verzeichnen müssen. Unerfindlich ist es uns, wie man bei steigendem Branntweinverbrauch von einer „Besserung der Lebenshaltung" sprechen kann. Aerzte und denkende Sozialpolitiker schließen das Gegenteil daraus, weil das künstliche Anregungsmittel, der Schnaps, da einsetzen muß, wo es an rationeller Ernährung fehlt. Der Branntweingenuß ist dort am höchsten, wo die Lebenshaltung am schlechtesten ist. Fast kindliche Naivetät muß der Apostel des Freisinns bei seinen Lesern voraussetzen, wenn er als Beweismittel auch den Petroleumverbrauch aus den Jahren 1866/70 als Vergleichsobjekt mit heranzieht. Denn um jene Zeit zeugte die Anwesenheit einer Petroleumlampe schon von einer gewissen Wohlhabenheit. In hunderttausenden Arbeiterfamilien der Großstädte und auf dem platten Lande, fast überall mußten Talglicht und die Rüböl- oder Thranlampe den Platz ausfüllen, welchen gegenwärtig die Petroleumlampe einnimmt. Aber selbst zugegeben, daß der Konsum sich ein wenig gehoben hat, steht die Steigerung, welche Herr Richter durch seine willkürliche Gruppierung herausbringt, in einem nur annähernden Verhältnis zur Steigerung der Produktivität desselben Zeitraums? Die Jahre von 1836 bis 1870 werden zur Vergleichung herangezogen. Wollten wir ebenso willkürlich verfahren, dann könnten wir die Arbeitsleistung eines Nagelschmiedes aus der Mitte dieses Jahrhunderts mit der Arbeitsleistung eines Arbeiters in der Drahtstiftfabrik, oder der eines Buchdruckers an der Handpresse mit der Leistung einer Rotationsmaschine vergleichen. Wir können getrost behaupten, daß die letzten drei Jahrzehnte ausgereicht haben, die Arbeitsleistungen der Arbeiter mehr als zu verdreifachen, und trotzdem haben die Arbeiter täglich mit Not und Nahrungssorgen zu kämpfen. Der Ver- und Gebrauch vieler Gegenstände steigt. Alljährlich werden tausende Villen und prachtvolle Wohnhäuser erbaut. Ist der Neubau bewohnbar gemacht, dann liefert der Bauhandwerker den Schlüssel an den Besitzer und schließt sich von dem Genuß des Gegenstandes, den er selbst geschaffen hat, aus. Von dem Genuß des steigenden Wohlstandes sind die Massen ausgeschlossen, dieses beweisen die folgenden Zahlen: 21 Millionen Preußen von 30 haben ein jährliches Einkommen von weniger als 900 M., 1591 Personen dagegen beziehen ein Jahreseinkommen von mehr als 100 000 M. In Berlin allein sitzen 446 solcher Bevorzugten, in der Provinz Brandenburg 94, in Schlesien 150, in der Provinz Sachsen 128, in Hannover 44, in Westfalen 81, in Hessen-Nassau 179, in den Rheinlanden 387.

Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, werden die Einkommen gestiegen sein, aber nur wenige Taschen werden stark gefüllt, während die Taschen der Massen leer bleiben. Diesen Mißstand zu beseitigen, ist das Streben der Sozialdemokratie.

Vermischtes.

Hannover, 13. Juli. Der „Hann. Cour." meldet: Heute früh 5¼ Uhr wurde der Maschinenmeister Ahrend, der in der chemischen Abteilung von Ezdorfs Salzwerken beschäftigt ist, in seinem Zimmer erschlagen aufgefunden. Die Schädeldecke des Erschlagenen war an drei Stellen zertrümmert. Neben der Leiche lag eine Eisenstange. Als Thäter wurde der Heizer Draeger verhaftet, der mit dem Ermordeten zusammen Nachtschicht gehabt hatte. Die Heizer sollen auf den Maschinenmeister erbittert gewesen sein, weil dieser den Heizern bereits früher das Schnapstrinken untersagt und verlangt hatte, daß sie den Kohlenverbrauch einschränken sollten.

Eine neue Art von Kofferdieb, nämlich der Dieb im Koffer, ist in Turin aufgetaucht. Dort wollte abends ein Galanteriewarenhändler seinen Laden schließen, als ein Mann auf einer Karre einen Koffer anfuhr, den er daselbst abzugeben habe. Der Koffer trug die Adresse des Kaufmanns, überdies nannte der Ueberbringer einen Absender, so daß das Stück abgenommen und in dem Laden abgesetzt wurde. Da es schon spät war, gedachte der Kaufmann den Koffer erst am andern Morgen zu öffnen und rüstete sich zum Weggehen, als sein Kommis ein Geräusch in dem Koffer hörte. Sofort öffnete er den Deckel, und heraus sprang ein junger Mensch, den sie, obgleich er spornstreichs aus dem Laden und davonlief, doch als den jüngeren Bruder des Besitzers erkannten, ein verdorbenes Früchtchen, das bereits wegen verschiedener Gaunereien bestraft war. Es gelang am andern Tage, ihn und ein halbes Dutzend Mitschuldiger zu verhaften.

Windhosen sind kürzlich in Krain aufgetreten. Aus Laibach wird der „N. Fr. Pr." geschrieben: Am 26. Juni bemerkte man im Orte Hine, im sogenannten Dürrenkrain bei Seisenberg, um ¾11 Uhr Vormittags aus einem Thale am Abhange der Gottscheer Berge eine schraubenförmig gewundene Rauch- oder Nebelsäule aufsteigen, die gegen eine darüber von Ost nach West langsam hinziehende Wolke emporstrebte und sich mit ihr vereinigte. Kaum war dies geschehen, erhoben sich weiter gegen Osten hin eine zweite und so fortschreitend mehrere solcher Nebelsäulen. Das ganze Karstgelände ist dort mit Eichen bewachsen, und an allen Stellen, von denen aus sich die Nebelsäulen erhoben hatten, lagen die Eichen entwurzelt auf dem Boden hingestreckt. Die Verwüstung erfolgte sprungweise; selbst auf einem und demselben Verwüstungsgelände wurden entfernter stehende Bäume niedergeworfen, während dazwischenliegende ganz verschont blieben; und diese gewaltige Kraftentfaltung erfolgte, ohne daß sich in nächster Nähe nur ein Lüftchen regte. Da sich auf dem ganzen Wege kein Haus befindet, gab es keinen weiteren Schaden, nur in St. Peter wurde eine Frau von der Windhose erfaßt und in ein Gestrüpp geschleudert, wo sie unsanft gebettet und zerschunden liegen blieb. Man hatte es offenbar mit einer Reihe von Windhosen zu thun, die mitten in einer ruhigen Luftschicht sich bildeten, 50 bis 100 Meter Durchmesser hatten und in Abständen von 100 bis 200 Metern auffuhren.

Die Briganten thaten sind in Italien wieder einmal in der Zunahme begriffen, und es sind nicht Sicilien und Sardinien allein, die ihre Beiträge dazu liefern. In der Provinz Benevent sind am 1. Juli auf der Landstraße zwischen der Provinzialhauptstadt und dem Städtchen S. Bartolomeo, unweit des Dorfes S. Marco dei Cavoti, zwei Ueberfälle am hellen Tage ausgeübt worden, wie es scheint, von derselben fünf Köpfe zählenden Bande. Zuerst wurde morgens um 9 Uhr der Postwagen angegriffen, der einige Tausend Lire für staatliche Kassen mitführte. Diese Summen sowie Geld und Uhren der Reisenden, die keinen Widerstand gegen die bewaffneten Briganten zu leisten wagten, im Ganzen etwa 6000 Lire, wurden von den Räubern eingesackt, dann ließen sie den Postkutscher und die Insassen des Wagens, einen Richter und einen Notar, mit heiler Haut weiterziehen. Am Nachmittag desselben Tages kamen zwei Goldarbeiter aus Colle Sannita mit ihrem Gehilfen desselben Weges und wurden ebenfalls von fünf Bewaffneten angegriffen. Da die Reisenden aber selbst bewaffnet waren, kam es zu einem Kampf, in welchem der Gehilfe getötet und einer der Goldarbeiter verwundet wurde.

Quittung.

Zur Uebermittelung an die streikenden Weber in Langenbielau wurden uns übergeben von dem Centralverband der Maurer, Zahlstelle Bielefeld, Ueberschuß von der Fahnenweihe 30 M., desgleichen für die Koplaschen Streikenden 24,25 M.

Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Inserate werden nur gegen Barzahlung aufgenommen.

Bekanntmachung

betreffend die

Invaliditäts- und Alters-Versicherung der Hausgewerbetreibenden der Textil-Industrie.

Es ist zu unserer Kenntnis gelangt, daß bei mehreren Fabrikanten und Hausgewerbetreibenden der Textil-Industrie die Auffassung vertreten sein soll, die letzteren brauchten nicht für jede Woche, in der gearbeitet wird, eine Beitragsmarke zu verwenden, vielmehr richte sich die Anzahl der zu verwendenden Marken nach dem von dem Fabrikanten zu erstattenden Zuschusse zu dem Werte der Marken, so daß der Fabrikant und die Hausgewerbetreibenden die Marken zu gleichen Teilen tragen müßten. Diese Auffassung ist eine irrige.

Es muß für den Hausgewerbetreibenden sowohl als auch für dessen etwaige Hilfskräfte **für jede Woche, in welcher gearbeitet wird, eine Marke geklebt werden, auch dann, wenn die Beschäftigung in der Woche nur zeitweise stattfindet.**

Der Fabrikant ist nicht verpflichtet, dem Hausgewerbetreibenden die Hälfte der verwendeten Beitragsmarken zu erstatten, sondern nur einen Zuschuß zu den Kosten derselben, welcher unabhängig ist von der Anzahl und der Werthöhe der Marken, welche der Hausgewerbetreibende thatsächlich zu verwenden hat.

Der Fabrikant ist vielmehr nur verpflichtet, den Hausgewerbetreibenden bei der Abrechnung die Hälfte desjenigen Betrages für Beitragsmarken zu erstatten, welche auf die zur Herstellung der Arbeit durch einen Arbeiter im Durchschnitt annähernd erforderliche Zeitdauer entfällt. Hierbei wird die Woche zu 6 Arbeitstagen und der Arbeitstag zu 11 Stunden gerechnet.

Wenn beispielsweise eine Arbeit in 10 Wochen hergestellt werden könnte, zu welcher der Hausgewerbetreibende indes 20 Wochen gebraucht bezw. in so viel Wochen daran gearbeitet hat, und wenn für den letzteren Marken zu 24 Pfennig zu verwenden sind, so sind nicht 10, sondern 20 Marken zu kleben, wofür der Fabrikant die Hälfte des Wertes der 10 Marken = Mark 1,20, hingegen der Hausgewerbetreibende den Wert von 15 Marken = Mark 3,60 zu leisten hätte.

Wir machen hierbei darauf aufmerksam, daß die von den Hausgewerbetreibenden für sich bezw. für ihr Hilfspersonal verwendeten Marken sofort nach der Einklebung dadurch zu entwerten sind, daß auf denselben der Entwertungstag in Zahlen angegeben wird, z. B.: 1. 7. 96.

Bielefeld, den 3. Juli 1896.

Die Polizei-Verwaltung.

Zur Massenverbreitung empfohlen!

Soeben ist erschienen:

Die Arbeiterschutzgesetz-Heuchelei

der bürgerlichen Parteien im Reichstage.

Nach dem stenographischen Bericht der Reichstags-Debatte über die Bundesrats-Verordnung zum Schutze der Bäckerei-Arbeiter am 22. und 23. April 1896.

Mit einem Nachwort von **August Bebel.**

Preis 15 Pfg. Porto 5 Pfg.

Seit Jahren tragen bei Wahlen ꝛc. alle bürgerlichen Parteien ihr arbeiterfreundliches Herz zur Schau, ohne bisher ihr Versprechen auf wirksame Arbeiterschutzgesetze erfüllt zu haben. Daß sie im Ernste daran gar nicht denken, das beweisen diese Reichstagsverhandlungen. Mit Ausnahme des Zentrumsredners haben alle Vertreter der bürgerlichen Parteien sich gegen diese Schutzvorschriften ausgesprochen, und wie bei der Zukunftsstaats-Debatte Eugen Richter Arm in Arm mit Stöcker gegen die Sozialdemokratie donnerte, so gingen hier Graf Bismarck und Richter einig im Kampfe gegen die Verkürzung der Arbeitszeit — auf zwölf Stunden. Zur gewerkschaftlichen und politischen Agitation bestgeeignete Broschüre.

Wir empfehlen die Schrift zur weitesten Verbreitung.

Buchhandlung „Volkswacht".

Die **Buchhandlung „Volkswacht"**, Bielefeld, Schulstr. 20, hält angelegentlichst empfohlen:

Leipziger Hochverrats-Prozeß 1872

wider

Bebel, Liebknecht u. Hepner.

Mit einer historischen Einleitung von W. Liebknecht.

Preis geb. Mk. 5,—;

auch zu beziehen in 20 Lieferungen à 20 Pfg.

Aus dem Prospekt greifen wir folgende Stellen heraus:

Für die **Geschichte unserer Partei,** ihre **historische und theoretische Entwicklung,** ihre **Taktik,** ist der Hochverratsprozeß ein geradezu **unentbehrliches Quellenwerk,** so daß schon aus diesem Gesichtspunkt allein eine Neuherausgabe sich gebietet. Manche Streitfragen, heftige Diskussionen wären uns in der letzten Jahren erspart geblieben, wenn die Genossen überall Gelegenheit gehabt hätten, über die Geschichte unserer Partei sich quellenmäßig zu unterrichten und daraus zu sehen, daß an ihrem Wesen in den letzten 25 Jahren sich nichts geändert hat, wenn auch, der Taktik der Gegner entsprechend, die Kampfart der Partei heute eine andere war als gestern, morgen eine andere sein kann als heute.

Die aus der Feder **Liebknecht's** stammende historische Einleitung liefert die zum Verständnis der Verhandlungen notwendigen sachlichen und historischen Voraussetzungen und führt den jüngeren Genossen in die Geschichte der stürmischen Tage der Kriegsepoche ein, eine Epoche, für die Partei so kritisch und verantwortungsvoll und den meisten der Genossen heute völlig unbekannt.

Broschüren, Statuten liefert schnell und sauber Buchdruckerei „Volkswacht".

Sozialdemokratischer Verein

für Bielefeld und Umgegend.

Freitag, den 17. d. M., abends 8½ Uhr:

Vorstands-Sitzung

im Lokale des Herrn **Israel.**

Zahlreiche Beteiligung erwartet

1791 **Der Vorsitzende.**

Bringe mein [1567

Barbier- u. Friseurgeschäft

in empfehlende Erinnerung und bitte um geneigten Zuspruch.

R. Rhodovi,
Teutoburgerstraße 22.

Die 99 Hauptfragen der Unfall-Versicherung.

Nach amtlichem Material **volkstümlich erörtert** und erklärt für die Arbeiter.

Preis 25 Pfg.

Vorrätig in der Buchhandlung **„Volkswacht".**

Todes-Anzeige.

Gestern Morgen 5 Uhr verschied nach längerem Leiden unser treuer Mitarbeiter

Wilhelm Depenbrock

im Alter von 34 Jahren infolge Lungen- und Halsschwindsucht.

Leicht sei ihm die Erde!

Seine Mitarbeiter der Bielefelder Maschinenfabrik vorm. Dürkopp & Co., Abteilung Fahrradbau.

Die Beerdigung findet Freitag Nachmittag 3¾ Uhr vom hiesigen Kloster aus statt. [1793*

Hochzeits-Einladungen

liefert schnell, sauber und billig

Buchdruckerei der „Volkswacht"

Kaufhaus

feiner

Herren- u. Knaben-Garderobe

3 Obernstrasse 3.

1792

Wegen Geschäftsaufgabe

Gänzlicher Ausverkauf

meines

Herrenkonfektions- u. Maßgeschäfts.

Herren-Anzüge, Herren-Paletots, Herren-Sommer-Havelocks, einzelne Jacketts, Hosen, Jünglings- u. Knaben-Anzüge. Herren-Lüster- und leichte Sommer-Joppen, Schul-Anzüge in Wasch- und ganz leichten Wollstoffen werden **zu** und **unter** Einkaufspreisen abgegeben. 1521

Arbeiter-Garderoben ohne Ausnahme unter Selbstkostenpreis.

Anfertigung nach Maß, so lange der Vorrat reicht, zu wirklichen Ausverkaufspreisen und unter Garantie für tadellosen Sitz.

Stoffe werden auch meterweise abgegeben.

Verkauf nur gegen Barzahlung.

Auswahlsendungen werden nicht gemacht

Ladeneinrichtung ist zu verkaufen.

Christian Bächler,

32 Obernstraße 32.

Beim

Standesamt Herford

sind eingetragen

vom 4. bis 10. Juli 1896:

Geburten.

Söhne (10): Bahnarbeiter H. Spilker, Fabrikarbeiter W. Läge, Handarbeiter L. Witte, Klempnermeister W. Berndes, Tischler H. Schwagmeier, Invalide J. Morgenthal, Eisendreher A. Schachtsiek, Kolon H. Brünger, Pflastermeister K. Hose, Schneider H. Weiß.

Töchter (9): Fuhrknecht F. Meise, Kaufmann A. Pieper, Zigarrensortierer H. Cramer, Maurer W. Schnieder, Former K. Wehmeyer, Fabrikarbeiter E. Hurlbrink, Tischler A. Freudenau, Maurer P. Möller, Reichsbankkassendiener E. Schäfer.

Sterbefälle (4).

Ehefrau Schröder, 68 J. Weberin F. Willmann, 33 J. B. Schwarze, 1 J. Handarbeiter F. W. Schildmann, 79 J.

Aufgebote (3).

Dr. med. prakt. Arzt O. Steckhan und M. Budde, Tischler H. Kresgen. Berten und J. Wörmann, Monteur J. Nietrath und Wwe. J. Twelsing geb. Ergenzinger.

Eheschließungen (2).

Former G. Pätzold und A. Heitlindemann, Neubauer O. Schildmann und L. Fleher.